



Rat der
Europäischen Union

045511/EU XXV. GP
Eingelangt am 11/11/14

Brüssel, den 10. November 2014
(OR. en)

15333/14

FIN 839

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Frau Kristalina GEORGIEVA, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	10. November 2014
Empfänger:	Herr Enrico ZANETTI, Präsident des Rates der Europäischen Union
Betr.:	Mittelübertragung Nr. DEC 48/2014 innerhalb des Einzelplans III – Kommission – des Gesamthaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument DEC 48/2014.

Anl.: DEC 48/2014



BRÜSSEL, 10/11/2014

GESAMTHAUSHALTSPLAN – HAUSHALTSJAHR 2014
EINZELPLAN III – KOMMISSION TITEL 01, 05, 13, 17, 22, 23, 34, 40

MITTELÜBERTRAGUNG Nr. **DEC 48/2014**

EUR

HERKUNFT DER MITTEL

KAPITEL – 01 03 Internationale Wirtschafts- und Finanzfragen

ARTIKEL – 01 03 02 Makrofinanzielle Hilfe

Verpflichtungen - 21 700 000

KAPITEL – 05 06 Internationale Aspekte des Politikbereichs „Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums“

ARTIKEL – 05 06 01 Internationale Übereinkommen im Bereich der Landwirtschaft

Verpflichtungen - 4 783 491

KAPITEL – 13 05 Instrument für Heranführungshilfe – Regionale Entwicklung und regionale und territoriale Zusammenarbeit

POSTEN – 13 05 63 02 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit – Beitrag aus Rubrik 4

Verpflichtungen - 12 013 673

KAPITEL – 17 03 - Öffentliches Gesundheitswesen

Artikel – 17 03 13 Internationale Übereinkommen und Mitgliedschaft in internationalen Organisationen im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens und der Bekämpfung des Tabakkonsums

Verpflichtungen - 93 516

KAPITEL – 17 04 Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit

ARTIKEL – 17 04 10 Beiträge zu Internationalen Übereinkommen und Mitgliedschaft in internationalen Organisationen in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit

Verpflichtungen - 57 217

KAPITEL – 23 03 Unionsverfahren für den Katastrophenschutz

POSTEN – 23 03 01 02 Katastrophenvorbeugung und –vorsorge in Drittländern

Verpflichtungen - 1 100 000

POSTEN – 23 03 02 02 - Rasche und effiziente Notfallabwehreinätze im Falle schwerer Katastrophen in Drittländern

Verpflichtungen - 2 100 000

KAPITEL – 34 02 Klimaschutz auf Unions- und internationaler Ebene

ARTIKEL – 34 02 04 Beteiligung an multilateralen und internationalen Klimaschutzübereinkünften

Verpflichtungen - 74 969

KAPITEL – 40 02 Reserve für Finanzinterventionen

ARTIKEL – 40 02 42 Soforthilfereserve

Verpflichtungen - 11 077 134

Zahlungen - 13 000 000

BESTIMMUNG DER MITTEL

KAPITEL – 22 02 Erweiterungsprozess und -strategie

POSTEN – 22 02 03 02 Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen
Entwicklung

Verpflichtungen 40 000 000

KAPITEL – 23 02 Humanitäre Hilfe, Nahrungsmittelhilfe und Katastrophenvorsorge

ARTIKEL – 23 02 01 Bereitstellung rascher, wirksamer und bedarfsgerechter
humanitärer und Nahrungsmittelhilfe

Verpflichtungen 13 000 000

Zahlungen 13 000 000

EINLEITUNG

Dreieinhalb Jahre nach Beginn des Konflikts in Syrien hält die Gewalt an und wird wieder intensiver. Schätzungsweise 14 Millionen Menschen sind nun dringend auf humanitäre Hilfe angewiesen. Es gibt 10,8 Millionen Bedürftige in Syrien, darunter über 5 Millionen gefährdete Kinder. Die Zahl der Binnenvertriebenen beläuft sich auf 6,4 Millionen Menschen. Etwa 4,7 Millionen Menschen halten sich in Gebieten auf, die als schwer zugänglich gelten, davon mindestens 241 000 Menschen in Gebieten, die weiterhin von Regierungstruppen oder oppositionellen Kräften belagert werden. 3,2 Millionen Syrer haben in Nachbarländern Zuflucht gesucht. Dies stellt eine enorme und anhaltende Belastung für die Ressourcen und Kapazitäten der Aufnahmeländer bei der sozialen und wirtschaftlichen Eingliederung der Flüchtlinge dar.

Durch den raschen Aufstieg der Gruppe „Islamischer Staat im Irak und in der Levante“ (ISIL) haben sich die Dynamik und die geografischen Fronten des Konflikts verändert. Die anhaltende Offensive des ISIL hat zu weiteren Vertreibungen in Syrien und im Irak geführt.

Inzwischen benötigen mehr als 5,2 Millionen Menschen im Irak humanitäre Hilfe. Die Zahl der Binnenvertriebenen beläuft sich auf über 1,8 Millionen Menschen. Schätzungsweise weitere 1,5 Millionen Menschen leben in vom Konflikt betroffenen Gebieten, mit sehr begrenztem Zugang zu humanitärer Hilfe.

Die Auswirkungen auf die Aufnahmegemeinschaften und die Haushaltsmittel der Türkei sind enorm. Schätzungen zufolge halten sich derzeit 1 360 000 syrische Flüchtlinge in der Türkei auf, von denen nur die Hälfte registriert ist und nur 230 000 in Lagern leben. Dadurch geraten die türkische Wirtschaft und Infrastruktur, vor allem in den an Syrien und den Irak angrenzenden Regionen, unter großem Druck.

In diesem Zusammenhang ist es von wesentlicher Bedeutung, dass die EU ihre Anstrengungen zur Erhöhung der Stabilität in den Grenzregionen der Türkei zu Syrien und dem Irak durch Förderung der Koexistenz der Aufnahme- und der Flüchtlingsgemeinschaften in der Türkei verstärkt.

Zusammen mit den Mitgliedstaaten hat die EU seit Beginn des Konflikts in Syrien insgesamt 2,9 Mrd. EUR an Hilfe bereitgestellt. Eine besondere Anstrengung im Umfang von 685 Mio. EUR aus dem EU-Haushalt wurde im Jahr 2013 unternommen. Im Vergleich hierzu und unter Berücksichtigung des anhaltenden und zunehmenden Bedarfs ist es erforderlich, die Unterstützung durch die EU im Jahr 2014 aufzustocken, die sich bisher auf 362 Mio. EUR beläuft.

Zusätzliche Unterstützung durch die EU in Höhe von 53 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen wird daher benötigt, um die soziale und wirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge in der Türkei zu fördern und den direkt von der Krise in Syrien betroffenen Gemeinschaften zusätzliche humanitäre Hilfe zukommen zu lassen.

Die Kommission hat alle Möglichkeiten für eine Mittelumschichtung innerhalb der Rubrik 4 geprüft und schlägt vor, Mittel für Verpflichtungen in Höhe von 41,9 Mio. EUR zur teilweisen Deckung des Bedarfs umzuschichten. Angesichts des anhaltenden Engpasses bei den Mitteln für Zahlungen ist jedoch keine weitere Umschichtung möglich.

Die Kommission beantragt daher die Umschichtung von 41,9 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen innerhalb der Rubrik 4 und die Inanspruchnahme der Soforthilfereserve (EAR) in Höhe von 11,1 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen und 13 Mio. EUR an Mitteln für Zahlungen.

I. AUFSTOCKUNG

I.A

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

22 02 03 02 – Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung

b) Zahlenangaben (Stand: 24.10.2014)

	MfV
1A. Mittel des Haushaltsjahres (ursprünglicher Ansatz + BH)	294 172 948
1B. Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0
2. Mittelübertragungen	-97 897 313
3. Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	196 275 635
4. Inanspruchnahme der endgültigen Mittel des Haushaltsjahres	0
5. Nichtverwendete/verfügbare Mittel (3-4)	196 275 635
6. Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	236 275 635
7. Beantragte Aufstockung	40 000 000
8. Anteil der Aufstockung an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	13,60 %
9. Anteil der kumulierten Aufstockungen im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 Buchstaben b und c HO, berechnet gemäß Artikel 14 AB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	MfV
1. Verfügbare Mittel am Jahresanfang	0
2. Verfügbare Mittel am 24.10.2014	0
3. Ausführungsrate [(1-2)/1]	entfällt

d) Begründung

Die Auswirkungen des eskalierenden Flüchtlingsstroms aus Syrien auf die Aufnahmegemeinschaften und die Haushaltsmittel der Türkei sind enorm. Dadurch geraten die türkische Wirtschaft und Infrastruktur, vor allem in den an Syrien und den Irak angrenzenden Regionen, unter großen Druck. Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass die EU ihre Anstrengungen zur Erhöhung der Stabilität in den Grenzregionen der Türkei zu Syrien und dem Irak durch Förderung der Koexistenz der Aufnahme- und der Flüchtlingsgemeinschaften in der Türkei verstärkt.

Mittel für Verpflichtungen in Höhe von 40 Mio. EUR werden daher für mittelfristige Aktivitäten hauptsächlich für die lokale Bevölkerung beantragt, wie technische und materielle Unterstützung für die Registrierung von Flüchtlingen im Rahmen des vorübergehenden Schutzes – von denen viele derzeit von der aufnehmenden Gemeinschaft untergebracht werden; verbesserter Zugang zu grundlegenden Leistungen (Bildung und Gesundheit), bei denen die Lage derzeit angespannt ist und zu denen inzwischen die ärmeren Schichten der lokalen Bevölkerung nur schwer Zugang haben; Programme für den Kapazitätsaufbau der zuständigen Agenturen und Ministerien sowie Förderung des friedlichen Zusammenlebens zwischen Flüchtlingen und Aufnahmegemeinschaften.

Dies entspricht den Zielen der IPA-II-Verordnung (IPA – Instrument für Heranführungshilfe), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer iv zur Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Inklusion, insbesondere von Minderheiten und benachteiligten Gruppen, einschließlich Menschen mit Behinderungen, Flüchtlingen und Vertriebenen.

Im gegenwärtigen Stadium werden für diese Maßnahmen keine Mittel für Zahlungen beantragt. Die Kommission beabsichtigt, den Finanzierungsbeschluss im ersten Quartal 2015 zu erlassen und somit der zusätzlichen Unterstützung der EU zur Erleichterung der schlimmen Lage der lokalen Bevölkerung und der Flüchtlingsbevölkerung Zuverlässigkeit zu verleihen. Die Übertragungsvereinbarung, die mit einer internationalen Organisation unterzeichnet werden soll, wird erst ab dem dritten Quartal 2015 einen Zahlungsbedarf nach sich ziehen.

I.B

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

23 02 01 – Bereitstellung rascher, wirksamer und bedarfsgerechter humanitärer und Nahrungsmittelhilfe

b) Zahlenangaben (Stand: 24.10.2014)

	MfV	MfZ
1A. Mittel des Haushaltsjahres (ursprünglicher Ansatz + BH)	874 529 000	747 582 107
1B. Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0	0
2. Mittelübertragungen	71 400 000	218 400 000
3. Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	945 929 000	965 982 107
4. Inanspruchnahme der endgültigen Mittel des Haushaltsjahres	926 929 000	893 630 494
5. Nichtverwendete/verfügbare Mittel (3-4)	19 000 000	72 351 613
6. Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	32 000 000	85 351 613
7. Beantragte Aufstockung	13 000 000	13 000 000
8. Anteil der Aufstockung an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	1,49 %	1,74 %
9. Anteil der kumulierten Aufstockungen im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 Buchstaben b und c HO, berechnet gemäß Artikel 14 AB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	MfV	MfZ
1. Verfügbare Mittel am Jahresanfang	216 479	189 311
2. Verfügbare Mittel am 24.10.2014	0	0
3. Ausführungsrate [(1-2)/1]	100,00 %	100,00 %

d) Begründung

Am 20. Oktober 2014 betrug die Gesamtausführungsrate der Mittel der Haushaltslinien für humanitäre Hilfe (Kapitel 23 02)

- 97,2 % bei den Mitteln für Verpflichtungen und 91,7 % bei den Mitteln für Zahlungen für humanitäre Hilfe und Nahrungsmittelhilfe bzw.
- 99,3 % bei den Mitteln für Verpflichtungen und 97,5 % bei den Mitteln für Zahlungen für Katastrophenvorsorge.

Diese hohe Ausführungsrate stimmt mit der operativen Strategie und der Haushaltsplanung der Kommission für 2014 überein. Auf der Grundlage ihrer Bedarfsbewertung für den humanitären Bereich legt die Kommission für anhaltende Krisen eine vorläufige Mittelzuweisung pro Land für das kommende Jahr fest. Zudem wurde gemäß den Leitlinien des Rates und des Europäischen Parlaments ein Betrag in Höhe von 105 Mio. EUR, knapp 12 % der ursprünglich in der Haushaltslinie eingestellten operativen Mittel, nicht zugewiesen, um veränderten Prioritäten oder einem sich abzeichnenden neuen Bedarf entsprechen zu können („operative Reserve“).

Die operative Reserve beläuft sich derzeit auf 31 Mio. EUR, nachdem dem dringenden Bedarf für Krisen, z. B. in Afghanistan, Pakistan, Mittelamerika, Mali, dem Irak, Palästina, der Ukraine, Somalia usw., Rechnung getragen wurde. Es ist geplant, weitere 6 Mio. EUR aus der operativen Reserve zu verwenden, um auf die Krisen im Irak und der Ukraine reagieren zu können. Der verbleibende Betrag von 25 Mio. EUR ist erforderlich, um eine angemessene Reaktionsfähigkeit für weitere Interventionen bei kleineren und weiteren unvorhersehbaren Katastrophen sowie bei wiederkehrenden Naturkatastrophen bis zum Jahresende zu gewährleisten.

Die beantragte Aufstockung um 13 Mio. EUR bei den Mitteln für Verpflichtungen und den Mitteln für Zahlungen wird es ermöglichen, den erhöhten Bedarf in Syrien und im Irak an Nahrungsmitteln, Schutzmaßnahmen, Wasser, sanitären Anlagen und Hygiene, Unterkünften, Mietbeihilfen und medizinischen Gütern zu bewältigen. Sie zielt darauf ab, syrische und irakische Binnenvertriebenen sowie syrische und irakische Flüchtlinge in den Nachbarländern, palästinensische und irakische Flüchtlinge in Syrien und libanesischen und irakischen Rückkehrer zu unterstützen. Dies wird auch die Wirkung der humanitären Unterstützung verstärken und der Präsenz der mit der Durchführung betrauten Partner zugutekommen. Weitere Einzelheiten zur humanitären Situation in Syrien und dem Irak sind dem Anhang zu entnehmen.

II. ENTNAHME

II.A

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

01 03 02 – Makrofinanzielle Hilfe

b) Zahlenangaben (Stand: 24.10.2014)

	MfV
1A. Mittel des Haushaltsjahres (ursprünglicher Ansatz + BH)	60 000 000
1B. Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0
2. Mittelübertragungen	0
3. Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	60 000 000
4. Inanspruchnahme der endgültigen Mittel des Haushaltsjahres	181 874
5. Nichtverwendete/verfügbare Mittel (3-4)	59 818 126
6. Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	38 118 126
7. Beantragte Entnahme	21 700 000
8. Anteil der Entnahme an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	36,17 %
9. Anteil der kumulierten Entnahmen im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 Buchstaben b und c HO, berechnet gemäß Artikel 14 AB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	MfV
1. Verfügbare Mittel am Jahresanfang	0
2. Verfügbare Mittel am 24.10.2014	0
3. Ausführungsrate [(1-2)/1]	entfällt

d) Begründung

Während geplant ist, die Vorhaben im Rahmen der makrofinanziellen Hilfe (MFH) für die Kirgisische Republik (15 Mio. EUR in Form von Finanzhilfen) und Georgien (23 Mio. EUR in Form von Finanzhilfen) im Jahr 2014 vollständig zu binden, wurden die für dieses Jahr vorgesehenen Makrofinanzhilfsvorhaben für die Republik Moldau und Armenien ausgesetzt. Im Falle der Republik Moldau sind Anfang 2014 Verhandlungen über eine neue Vereinbarung des Internationalen Währungsfonds gescheitert und werden voraussichtlich erst nach den im November 2014 stattfindenden Wahlen wiederaufgenommen. Sollte eine neue IWF-Zahlungsvereinbarung geschlossen werden, wird ein neues Makrofinanzhilfsvorhaben erst 2015 möglich sein. Im Falle Armeniens wurden die volkswirtschaftliche Gesamtsituation und der Finanzierungsbedarf von den Kommissionsdienststellen bei der letzten Prüfung nicht als kritisch eingestuft. Daher können Mittel für Verpflichtungen in Höhe von 21,7 Mio. EUR bereitgestellt werden.

II.B

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

05 06 01 – Internationale Übereinkommen im Bereich der Landwirtschaft

b) Zahlenangaben (Stand: 24.10.2014)

	MfV
1A. Mittel des Haushaltsjahres (ursprünglicher Ansatz + BH)	6 696 000
1B. Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0
2. Mittelübertragungen	0
3. Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	6 696 000
4. Inanspruchnahme der endgültigen Mittel des Haushaltsjahres	1 806 026
5. Nichtverwendete/verfügbare Mittel (3-4)	4 889 974
6. Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	106 483
7. Beantragte Entnahme	4 783 491
8. Anteil der Entnahme an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	71,44 %
9. Anteil der kumulierten Entnahmen im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 Buchstaben b und c HO, berechnet gemäß Artikel 14 AB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	MfV
1. Verfügbare Mittel am Jahresanfang	0
2. Verfügbare Mittel am 24.10.2014	0
3. Ausführungsrate [(1-2)/1]	entfällt

d) Begründung

Diese Haushaltslinie umfasst den Beitrag der EU zum Internationalen Getreiderat (IGC), zur Internationalen Zuckerorganisation (ISO) und zum Internationalen Olivenölrat (IOR). Für all diese Organisationen hat die EU 2014 Beiträge gezahlt, die geringer ausfielen als erwartet. Der Rückgang bei den Ausgaben 2014 und damit beim entsprechenden Beitrag der EU ist hauptsächlich auf das IOR-Übereinkommen zurückzuführen, das Ende 2014 ausläuft. Die Beiträge für die ISO und für die IGC fielen 2014 aufgrund der EUR/GBP-Wechselkursschwankungen und der Zahl der Stimmrechte, die der EU in diesen Organisationen letzten Endes zugeteilt wurde, geringer aus als vorgesehen. Auf dieser Grundlage können Mittel für Verpflichtungen in Höhe von fast 4,8 Mio. EUR zur Verfügung gestellt werden.

II.C

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

13 05 63 02 - Grenzübergreifende Zusammenarbeit - Beitrag aus Rubrik 4

b) Zahlenangaben (Stand: 24.10.2014)

	MfV
1A. Mittel des Haushaltsjahres (ursprünglicher Ansatz + BH)	39 000 000
1B. Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0
2. Mittelübertragungen	-24 506 289
3. Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	14 493 711
4. Inanspruchnahme der endgültigen Mittel des Haushaltsjahres	0
5. Nichtverwendete/verfügbare Mittel (3-4)	14 493 711
6. Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	2 480 038
7. Beantragte Entnahme	12 013 673
8. Anteil der Entnahme an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	30,80 %
9. Anteil der kumulierten Entnahmen im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 Buchstaben b und c HO, berechnet gemäß Artikel 14 AB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	MfV
1. Verfügbare Mittel am Jahresanfang	0
2. Verfügbare Mittel am 24.10.2014	0
3. Ausführungsrate [(1-2)/1]	entfällt

d) Begründung

Da die IPA-II-Verordnung (IPA – Instrument für Heranführungshilfe) sehr spät in diesem Jahr verabschiedet wurde, können einige Programme 2014 nicht mehr angenommen werden. Auf dieser Grundlage können Mittel für Verpflichtungen in Höhe von 12 Mio. EUR für andere Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

II.D

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

17 03 13 - Internationale Übereinkommen und Mitgliedschaft in internationalen Organisationen im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens und der Bekämpfung des Tabakkonsums

b) Zahlenangaben (Stand: 24.10.2014)

	MfV
1A. Mittel des Haushaltsjahres (ursprünglicher Ansatz + BH)	200 000
1B. Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0
2. Mittelübertragungen	0
3. Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	200 000
4. Inanspruchnahme der endgültigen Mittel des Haushaltsjahres	106 483
5. Nichtverwendete/verfügbare Mittel (3-4)	93 517
6. Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	1
7. Beantragte Entnahme	93 516
8. Anteil der Entnahme an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	46,76 %
9. Anteil der kumulierten Entnahmen im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 Buchstaben b und c HO, berechnet gemäß Artikel 14 AB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	MfV
1. Verfügbare Mittel am Jahresanfang	0
2. Verfügbare Mittel am 24.10.2014	0
3. Ausführungsrate [(1-2)/1]	entfällt

d) Begründung

Aufgrund des günstigen EUR/USD-Wechselkurses wird nur ein Teil der bei dieser Haushaltslinie veranschlagten Mittel für Verpflichtungen benötigt. Die restlichen Mittel für Verpflichtungen können daher für andere Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

II.E

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

17 04 10 – Beiträge zu Internationalen Übereinkommen und Mitgliedschaft in internationalen Organisationen in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit

b) Zahlenangaben (Stand: 24.10.2014)

	MfV
1A. Mittel des Haushaltsjahres (ursprünglicher Ansatz + BH)	276 000
1B. Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0
2. Mittelübertragungen	0
3. Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	276 000
4. Inanspruchnahme der endgültigen Mittel des Haushaltsjahres	218 782
5. Nichtverwendete/verfügbare Mittel (3-4)	57 218
6. Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	1
7. Beantragte Entnahme	57 217
8. Anteil der Entnahme an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	20,73 %
9. Anteil der kumulierten Entnahmen im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 Buchstaben b und c HO, berechnet gemäß Artikel 14 AB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	MfV
1. Verfügbare Mittel am Jahresanfang	0
2. Verfügbare Mittel am 24.10.2014	0
3. Ausführungsrate [(1-2)/1]	entfällt

d) Begründung

Aufgrund des günstigen EUR/CHF-Wechselkurses wird nur ein Teil der bei dieser Haushaltslinie veranschlagten Mittel für Verpflichtungen benötigt. Die restlichen Mittel für Verpflichtungen können daher für andere Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

II.F

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

23 03 01 02–Katastrophenvorbeugung und –vorsorge in Drittländern

b) Zahlenangaben (Stand: 24.10.2014)

	MfV
1A. Mittel des Haushaltsjahres (ursprünglicher Ansatz + BH)	5 326 000
1B. Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	159 780
2. Mittelübertragungen	0
3. Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	5 485 780
4. Inanspruchnahme der endgültigen Mittel des Haushaltsjahres	694 025
5. Nichtverwendete/verfügbare Mittel (3-4)	4 791 755
6. Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	3 691 755
7. Beantragte Entnahme	1 100 000
8. Anteil der Entnahme an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	20,65 %
9. Anteil der kumulierten Entnahmen im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 Buchstaben b und c HO, berechnet gemäß Artikel 14 AB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	MfV
1. Verfügbare Mittel am Jahresanfang	0
2. Verfügbare Mittel am 24.10.2014	0
3. Ausführungsrate [(1-2)/1]	entfällt

d) Begründung

Es besteht ein geringerer Bedarf an Mitteln für Verpflichtungen als ursprünglich vorgesehen, was auf das geringere Interesse der mitwirkenden Staaten zurückzuführen ist, Übungen zugunsten von anspruchsberechtigten Drittländern durchzuführen (es ist nur ein Vorschlag mit einer vorgeschlagenen Finanzierung in Höhe von 0,89 Mio. EUR eingegangen, verglichen mit einem geplanten Budget von 2 Mio. EUR). Somit wird die Zahl der Missionen zur Katastrophenvorsorge in Drittländern niedriger ausfallen als erwartet und Mittel für Verpflichtungen in Höhe von 1,1 Mio. EUR können für andere Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

II.G

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

23 03 02 02 - Rasche und effiziente Notfallabwehreinsätze im Falle schwerer Katastrophen in Drittländern

b) Zahlenangaben (Stand: 24.10.2014)

	MfV
1A. Mittel des Haushaltsjahres (ursprünglicher Ansatz + BH)	14 220 000
1B. Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	426 600
2. Mittelübertragungen	-1 400 000
3. Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	13 246 600
4. Inanspruchnahme der endgültigen Mittel des Haushaltsjahres	6 470 000
5. Nichtverwendete/verfügbare Mittel (3-4)	6 776 600
6. Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	4 676 600
7. Beantragte Entnahme	2 100 000
8. Anteil der Entnahme an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	14,77 %
9. Anteil der kumulierten Entnahmen im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 Buchstaben b und c HO, berechnet gemäß Artikel 14 AB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	MfV
1. Verfügbare Mittel am Jahresanfang	0
2. Verfügbare Mittel am 24.10.2014	0
3. Ausführungsrate [(1-2)/1]	entfällt

d) Begründung

Die Zahl der während des Jahres in Drittländern notwendigen Katastrophenschutzereignisse ist naturgemäß nicht vorhersehbar, da sie von den eintretenden Notfällen und der Zahl der beantragten Transporteinsätze abhängt. In dieser Hinsicht ist das Jahr 2014 durch eine geringere Aktivität gekennzeichnet.

Aus diesem Grund können ausgehend von den tatsächlichen Vorausschätzungen Mittel für Verpflichtungen in Höhe von 2,1 Mio. EUR für andere Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

II.H

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

34 02 04 – Beteiligung an multilateralen und internationalen Klimaschutzübereinkommen

b) Zahlenangaben (Stand: 24.10.2014)

	MfV
1A. Mittel des Haushaltsjahres (ursprünglicher Ansatz + BH)	850 000
1B. Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0
2. Mittelübertragungen	0
3. Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	850 000
4. Inanspruchnahme der endgültigen Mittel des Haushaltsjahres	775 031
5. Nichtverwendete/verfügbare Mittel (3-4)	74 969
6. Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	0
7. Beantragte Entnahme	74 969
8. Anteil der Entnahme an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	8,82 %
9. Anteil der kumulierten Entnahmen im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 Buchstaben b und c HO, berechnet gemäß Artikel 14 AB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	MfV
1. Verfügbare Mittel am Jahresanfang	0
2. Verfügbare Mittel am 24.10.2014	0
3. Ausführungsrate [(1-2)/1]	entfällt

d) Begründung

Alle freiwilligen und obligatorischen Beiträge zu internationalen Klimaschutzübereinkommen, die aus dieser Haushaltslinie finanziert werden, wurden gebunden und in voller Höhe ausgezahlt. Es werden keine weiteren Transaktionen vorgenommen. Daher können die restlichen Mittel für Verpflichtungen für andere Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

II.I

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

40 02 42 – Soforthilfereserve

b) Zahlenangaben (Stand: 24.10.2014)

	MfV	MfZ
1A. Mittel des Haushaltsjahres (ursprünglicher Ansatz + BH)	297 000 000	150 000 000
1B. Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0	0
2. Mittelübertragungen	-70 000 000	-120 000 000
3. Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	227 000 000	30 000 000
4. Inanspruchnahme der endgültigen Mittel des Haushaltsjahres	0	0
5. Nichtverwendete/verfügbare Mittel (3-4)	227 000 000	30 000 000
6. Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	entfällt	entfällt
7. Beantragte Entnahme	11 077 134	13 000 000
8. Anteil der Entnahme an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	3,73 %	8,67 %
9. Anteil der kumulierten Entnahmen im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 Buchstaben b und c HO, berechnet gemäß Artikel 14 AB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	MfV	MfZ
1. Verfügbare Mittel am Jahresanfang	0	0
2. Verfügbare Mittel am 24.10.2014	0	0
3. Ausführungsrate [(1-2)/1]	entfällt	entfällt

d) Begründung

Gemäß Artikel 9 des mehrjährigen Finanzrahmens soll die Reserve für Soforthilfe im Fall von Ereignissen, die bei der Aufstellung des Haushaltsplans nicht vorhersehbar waren, rasch einen punktuellen Bedarf an Hilfeleistungen für Drittländer decken; sie ist vorrangig für humanitäre Zwecke bestimmt, sofern die Umstände es erfordern aber auch für Maßnahmen des zivilen Krisenmanagements und des Katastrophenschutzes sowie für besondere Belastungssituationen, die durch den Zustrom von Migranten an den Außengrenzen der Union entstehen.

SYRIA, NEIGHBOURING COUNTRIES AND IRAQ – SITUATION AND ADDITIONAL HUMANITARIAN NEEDS

Key financial information about the Syria crisis	
Total amount in 2013	EUR 350 million
Amount in the World Wide Decision (WWD) 2014:	EUR 100 million
Additional (already approved) appropriations from the Emergency Aid Reserve (EAR)	EUR 50 million
Other funding from the EU budget (European Neighbourhood Instrument (ENI), Instrument contributing to Stability and Peace (IcSP), European Instrument for Democracy and Human Rights (EIDHR), Development Cooperation Instrument (DCI), Instrument for Pre-accession Assistance (IPA), Macro-financial Assistance (MFA) for 2012, 2013 and 2014	EUR 871 million
Other donors	USD 2.83 billion in 2014 to date raised for Syria and neighbouring countries. Five main other donors: United States of America (USA), United Kingdom (UK), Kuwait, Germany and Canada.

Additional needs	
Total needs	EUR 10 million
When the appropriations are needed	December 2014

Key financial information about Iraq	
Total amount in 2013	EUR 7 million
Amount in the World Wide Decision (WWD) 2014:	EUR 4 million
Additional (already approved) appropriations from the Humanitarian Aid Budget Operation Reserve	EUR 16 million
Other funding from the EU budget (IcSP, DCI) for 2014	EUR 20 million
Other donors	Five main other donors: USA, UK, Kuwait, Canada and Saudi Arabia.

Additional needs	
Total needs	EUR 3 million
When the appropriations are needed	December 2014

Why the additional funding is needed?

Three and a half years after the start of the conflict in Syria, the violence is again intensifying. According to the Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) and the United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR), 14 million people are in urgent need of humanitarian assistance as a result of the conflict. There are 10.8 million people in need in Syria, including over 5 million vulnerable children. 6.4 million people are internally displaced. Around 4.7 million reside in areas categorised as hard-to-reach, including at least 241 000 people who remain besieged by either government or opposition forces. 3.2 million Syrians have sought safety in neighbouring countries. This puts an enormous and continued pressure over the host countries' resources and capacity to provide for the social and economic inclusion of the refugees.

The conflict, which began as a revolutionary insurgency in 2011, has radically escalated into a civil war with multiple fronts and multiple actors. The rapid rise of the so-called Islamic State of Iraq and the Levant (ISIL) has further complicated the situation, changing the dynamics and geographical frontlines of the conflict.

All parties to the conflict continue to disregard international humanitarian and human rights law. Violence, including the use of indiscriminate barrel bombs, car bombs, mortars and shelling continue to cause civilian deaths and injuries.

Large scale displacement of people inside Syria continues. The destruction of key water and electricity infrastructures in contested areas is impacting thousands of people (over 700 000 people affected in Aleppo Governorate alone), in terms of access to clean water and increase of the risk of communicable diseases. The medical facilities are not functioning.

With the advance of ISIL and the start of international airstrikes inside Syria and Iraq on 23 September (primarily targeting ISIL positions in Kobane, Deir-ez-Zor, Ar-Raqqa and Al-Hasakeh), further population displacements can be expected, especially in areas controlled by ISIL and other armed opposition groups in north and eastern Syria. This urges the reinforcement of humanitarian contingency planning.

The crisis in Iraq has evolved from an internal political and security crisis into a widespread sectarian conflict, with the intensity of fighting further exacerbated by the spill-over of ISIL from Syria into large swathes of northern and western Iraq. There are now over 5.2 million people in need of humanitarian assistance. Over 1.8 million people are internally displaced, with many moving several times due to the continuing insecurity. Another estimated 1.5 million are living in conflict affected areas, with extremely limited access to humanitarian aid.

The EU has scaled up its operations in response to the crisis in Iraq. The Commission's initial 2014 humanitarian budget of EUR 4 million has been increased three times, bringing the total humanitarian assistance for Iraq to EUR 20 million. Despite this increase, humanitarian needs far outstretch the current donor response.

The most important new elements since July 2014 are the following:

- The milestone of three million Syrian refugees hosted in neighbouring countries was reached (3.2 million according to UNHCR, 16 October). In neighbouring countries – Jordan, Lebanon, Turkey, Iraq and Egypt – governments are facing huge security, social, economic and political pressure to host this number of refugees. In Lebanon, 1 out of 4 people is now a registered refugee.
- Although stiffer border controls are adopted by neighbouring countries, resulting in constant fluctuations in the number of arrivals, since the beginning of 2013, the inflow of Syrians into Iraq, Lebanon, Jordan and Turkey remains uninterrupted and has increased by 700 000 since January 2014. Turkey is welcoming the biggest part of the recent influx of refugees.
- In the areas currently controlled by ISIL, it is now estimated (UN-OCHA, 30 September) that 2 million people are in urgent need of humanitarian assistance. The recent offensives by ISIL on Ayn al Arab/Kobane (north of Aleppo, Kurdish enclave at the border with Turkey) have led to the departure of over 174 000 Syrian Kurds, mostly women and children; 130 000 of them arrived in Turkey over a two day period in September - the largest intake of refugees over a short period of time since the beginning of the crisis. Tens of thousands more people could be forced out of Syria, if ISIL forces continue to gain ground.
- Small gains in humanitarian access have been recorded in recent weeks, with an increasing number of cross border and cross line convoys delivering assistance in 'hard-to-reach' areas. Following the adoption of the United Nations Security Council Resolution 2165 (14 July 2014), 14 UN-led cross-border convoys have taken place (82 trucks from Turkey, 3 convoys from Jordan), reaching 270 000 people. Scaling-up cross border operations is urgently needed to reach the estimated 1.5-2 million people.
- Despite the massive response of the donor community, needs continue to outpace the funding. On 30 September 2014, the Under-Secretary General for Humanitarian Affairs and Emergency Relief Coordinator Valerie Amos briefed the UN Security Council on humanitarian situation in Syria, calling for additional humanitarian funding, in light of UN agencies and partners already being forced to cut back on critical aid.

- The World Food Program (WFP), in a press statement from 19 September, confirmed that the size of next distributions of food rations for four million internally-displaced Syrians will be reduced and the number of Syrian refugees in neighbouring countries who receive food or vouchers will be reduced. WFP needs USD 1 billion for its emergency programs for the refugees in 2014, but has received only USD 410 million, or 39%. USD 915 million are needed for operations for Syrians displaced within the country, out of which only USD 324 million or 35% are covered.
- In Turkey, WFP will be able to meet the food assistance needs of only 48 000 out of the 230 000 Syrian refugees in camps currently targeted. While, the Turkish Government's Disaster and Emergency Management Agency AFAD has previously indicated their willingness to cover gaps in food assistance, with the latest rise in refugee numbers in the country, it is now uncertain that the funding will be sufficient. As a result, some 170 000 Syrian refugees – 130 000 of whom women and children – may potentially be without food assistance as of October 2014.
- In Iraq, intense fighting continues between ISIL, armed opposition groups and the Iraqi security forces. Fierce fighting in the governorate of Al-Anbar has resulted in the displacement of 180 000 people over a week in October. People are being forced to live in temporary shelters or abandoned buildings.
- The capacity of host communities in Iraq to accommodate the displaced people remains under immense strain. Increasing restrictions on roads and access to cities to prevent the arrival of internally displaced persons (IDPs) are being reported. 860 000 internally displaced are living in the Kurdish Region of Iraq, in some areas outnumbering the local population. Providing adequate shelter for the IDPs is a major concern. The beginning of the school year has been delayed in several areas of the country, due to the large IDP population living in school buildings.

According to Commission's contingency planning, the most likely evolution includes:

- The Syria crisis might increasingly act as a destabilizing factor in both Lebanon and Jordan. Sectarian violence is developing in Lebanon. The continuous influx of Syrians is increasing the burden on host communities and is expected to exacerbate political and social-economic tensions in neighbouring countries.
- Water borne and communicable disease outbreaks are developing. Cases of polio, measles, hepatitis A and leishmaniasis have been reported as well. The cases of polio, confirmed in 2013, show the sharp deterioration of immunization and preventive primary healthcare services in the country. Health actors are doing several rounds of polio and measles vaccination campaigns and this will remain a clear priority for them in the coming six months. Currently, a measles vaccination campaign is underway, targeting 750 000 children.
- Health is the most worrying sector in Syria. Facilities have collapsed and the population has almost no access to surgical treatment, post-operation rehabilitation, etc. There is a clear lack of drugs and medical staff in the country. An average of 25 000 people are injured each month. An increasing number of them experience complications such as septicaemia, gangrene, organ failure and/or death due to the severe shortage of surgical supplies.
- In Iraq, accessing those trapped in conflict zones remains a priority. Only a limited number of humanitarian actors have the ability to deliver life-saving assistance, mainly international organisations and Non-Governmental Organisations (NGOs).
- Preparations for the imminent harsh winter in Iraq are paramount, with more than 1.8 million internally displaced throughout the country, living in sub-standard or temporary shelter and with limited personal belongings.

The Syrian Humanitarian Assistance Response Plan (SHARP6) and the Regional Refugee Plan (RRP6) are partially funded. As of 16 October 2014, the 2014 Syria Humanitarian Assistance Response Plan (SHARP) had received only 38.2% (or USD 870 million, equivalent to EUR 681 million) of its total budget requirements. At the same period of time in 2013, it was covered at 56%.

The UNHCR-led 2014 Regional Refugee Response Plan (RRP) had received 52.3% (or USD 1.9 billion, equivalent to EUR 1.5 billion) of its total budget requirements. Of the total RRP requirements by country, funding received is as follows: Egypt - 36%; Iraq - 28%; Jordan- 58%; Lebanon - 40%, Turkey - 24%.

The UN are revising their Strategic Response Plan for Iraq for the third time this year, in response to the deteriorating humanitarian situation. The generous contribution of USD 500 million from the Kingdom of Saudi Arabia was assigned to UN agencies only, omitting NGOs and international organisations, which run effective, yet under-financed operations.

In conclusion, both the conflict in Syria and the violence in Iraq are causing and will continue to cause massive needs for assistance still to be addressed by the donor community.

The current Commission's request of EUR 13 million in humanitarian assistance would allow for supporting operations to cover the most pressing needs for the coming winter period.

What for?

The additional humanitarian funding will allow addressing the increased needs, *inter alia*, in terms of food, protection, water and sanitation (WASH), shelter, rent assistance, medical supplies. It aims at supporting Syrian IDPs, Iraqi IDPs, Syrian and Iraqi refugees in neighbouring countries, Palestinian and Iraqi refugees in Syria, and Lebanese and Iraqi returnees. It will also allow enlarging the humanitarian footprint and presence of implementing partners. Priorities will include:

Turkey:

- The response to the Kobane crisis and the subsequent influx of Syrian refugees into Suruc area (southern Turkey): The Commission will be supporting emergency assistance in the form of non-food items (NFI), vouchers and health activities through its partners working in Turkey both for programmes inside Turkey and through cross border operations.
- Increasing assistance to refugees outside the camps, which are extremely vulnerable, as they have limited access to basic services - notably health and protection. Support activities including schooling for children are also seen as a priority.
- Supporting the continuation of food distribution inside refugee camps, as current distribution suffer from a critical shortage of funding.

Iraq:

- The provision of basic life-saving humanitarian aid to the population displaced by the conflict, including emergency shelter, food assistance, basic healthcare and the distribution of non-food items. Transversal integration of protection and multi-sectorial, needs-based assistance will be encouraged to mitigate the consequences of this conflict and the rupture of Iraq's social fabric.
- Increasing support to NGOs and international organisations with access to populations trapped in conflict zones, where the humanitarian conditions are deteriorating.

Regional:

- Winterisation: Re-enforcing people's coping capacities; including the distribution of blankets, clothing, thermal insulation mats, etc.
- Other top priorities include the distribution of food and the provision of health services. Shelter solutions and the continuous distribution of core relief items will also be supported.
- Cross-border: Support the continued implementation of United Nations Security Council Resolution (UNSCR) 2165 bringing life-saving humanitarian assistance by the most direct route, including cross border deliveries.

Reinforce operational capacities of implementing organisations in Syria to provide emergency relief and adapt the nature of the aid to address recurrent needs of the displaced population.

<u>EU Budget and Member States'</u> <u>contributions to the Syria Crisis</u>	
<u>Donor</u>	<u>Total Commitments 2011-2014 (in EUR)</u>
Austria**	8 675 000
Belgium	18 435 898
Bulgaria	295 874
Croatia	165 403
Czech Republic	2 539 945
Denmark	66 746 486
Estonia	1 209 806
France	45 547 521
Finland	28 318 552
Germany	325 232 503
Greece	200 000
Hungary	504 653
Ireland	30 600 000
Italy	38 856 928
Latvia	93 000
Lithuania	34 754
Luxembourg	13 268 097
Malta	75 000
Netherlands	73 002 401
Poland	3 285 527
Portugal	160 000
Romania	379 780
Slovakia	190 000
Slovenia	150 000
Spain	17 377 533
Sweden	67 339 439
United Kingdom	644 191 649
Total Member States	1 386 875 750
EU Budget	665 732 843
Total EU	2 052 608 593